



Beratungsfolge

Sitzungstermin

Zuständigkeiten

Ausschuss für Verkehr und Mobilität	15.06.2023	Beratung / Empfehlung
Rat der Stadt Essen	21.06.2023	Entscheidung

Betreff

Änderung der Sondernutzungssatzung hinsichtlich der Elektro-Mobilität, hier: E-Scooter

Datum: 12.06.2023

gez.: Oberbürgermeister Kufen

Beschlussvorschlag

**Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität empfiehlt,
der Rat der Stadt Essen beschließt**

die Anpassung des Gebührentarifs zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Essen vom 21. Juni 1999 zuletzt geändert durch Satzung vom 31.03.2023 gem. Anlage 1.

Sachverhaltsdarstellung

Seit einigen Jahren können auch im Stadtgebiet Essen im Rahmen eines free-floating-Systems sogenannte E-Scooter (Elektro-Tretroller) betrieben werden. Derzeit sind insgesamt vier Anbieterfirmen mit unterschiedlich großen Flotten aktiv, mit denen jeweils eine bislang bundesweit übliche Kooperationsvereinbarung geschlossen wurde, welche unter anderem auch Mindestanforderungen hinsichtlich der Nutzung des öffentlichen Raums beinhaltet.

Dazu gehört zum Beispiel das Abstellen von einer Maximalanzahl von E-Scootern an einem Platz, die Einhaltung von Mindestgehwegbreiten oder auch das Einrichten von Verbotszonen, in welchen die Fahrzeuge nicht fahren dürfen und daher dort nicht abgemietet werden können.

Aufgrund eines Beschlusses des OVG Münster vom 20. November 2020 (Az. 11 B 1459/20) stellt der Betrieb eines solchen free-floating-Verleihsystems für E-Scooter jedoch in NRW eine straßenrechtliche Sondernutzung im Sinne des § 18 Straßen- und Wegegesetz Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) dar und ist somit genehmigungspflichtig.

Die Stadt Essen hat bereits vor vielen Jahren von der Möglichkeit nach §§ 19 und 19a StrWG NW Gebrauch gemacht, eine auf ihr Stadtgebiet bezogene Sondernutzungssatzung inklusive Gebührentarif zu beschließen. Diese bildet nun auch die rechtliche Grundlage für die Sondernutzungserlaubnis zwecks Verbringung von Leih-E-Scootern in den öffentlichen Verkehrsraum.

Mit der Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis geht auch die Frage einer Sondernutzungsgebühr einher. Eine Gebührenbefreiung nach § 11 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sonder-

nutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Essen vom 21. Juni 1999, zuletzt geändert durch Satzung vom 31. März 2023, kommt für das Ausbringen und Verleihen von E-Scootern nicht in Betracht.

Gemäß § 7 der oben genannten Sondernutzungssatzung werden für erlaubnisbedürftige Sondernutzungen Gebühren nach Maßgabe des Gebührentarifs zur Satzung erhoben. Dabei bemisst sich die Gebühr nach Maßeinheit und Dauer der Sondernutzung.

Dies bedeutet insgesamt, dass eine Gebühr pro E-Scooter festzusetzen und eine entsprechende Gebührenposition zu schaffen ist.

Für die Entscheidungsfindung wurden die entsprechenden Höhen der Sondernutzungsgebühren in einigen anderen Städten Nordrhein-Westfalens eruiert. Diese wird von vielen Städten bislang noch nicht erhoben. So erhebt Köln eine Gebühr von 85,- € bis 135,- € je E-Scooter im Jahr. In Düsseldorf, Dortmund und Münster sind es je 50,- €, in Bielefeld 40,- € und in Mülheim a.d. Ruhr 20,- € (künftig 30,- €).

Eine pauschale **jährliche** Erhebung der Sondernutzungsgebühr wurde gerichtlich überprüft, sodass es nunmehr eine Entscheidung des OVG NRW gibt, dass eine jährliche Erhebung bei einer nicht durchgängig jährlichen Nutzung unzulässig ist. Auch die vergleichsweise hohe Gebühr in Köln wird von den E-Scooter-Anbietenden gerichtlich beklagt.

In Anwendung des Äquivalenzprinzips nach § 19a Abs. 2 S. 3 StrWG NW wird daher für die Stadt Essen eine **monatliche** Gebühr in Höhe von 5,00 € pro E-Scooter für angemessen erachtet. Damit wird sowohl das Maß der Beeinträchtigung für die Allgemeinheit durch das Ausbringen und Abmieten der Fahrzeuge auf dem Gehweg berücksichtigt, als auch das wirtschaftliche Interesse der Verleihfirmen, ihre Fahrzeuge zur Nutzung im öffentlichen Verkehrsraum anbieten zu können.

Durch das Variieren der Flottenstärke je nach Jahreszeit besteht darüber hinaus ein aktiver Einfluss der Anbietenden auf die im Jahr anfallende Gebührenhöhe, das heißt, die Gebühr fällt umso geringer aus, je weniger Fahrzeuge im öffentlichen Raum je Monat angeboten werden.

Für das Stadtgebiet Essen sind insgesamt ca. 2.100 Fahrzeuge angegeben. Bisher wurden die Flottengrößen jedoch in den schlechteren Wettermonaten reduziert, teilweise wurde sogar seitens des hiesigen Sachgebietes eine Ausbringung untersagt (dabei handelte es sich jedoch nur um einzelne Tage). Um welche Anzahl E-Scooter die jeweilige Flottenstärke reduziert wird, kann leider nicht abgeschätzt werden, dies ist sicherlich auch abhängig von der Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Unternehmens. Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des o.g. Urteils des OVG die Sondernutzungserlaubnis in NRW verpflichtend ist und daher innerhalb kurzer Zeit nunmehr von jedem Anbietenden erhebliche Gebühren aufzubringen sind. Daher wird sich erst noch zeigen, inwieweit die Festsetzung einer Sondernutzungsgebühr auch ein regulierendes Element hinsichtlich des zahlenmäßigen Angebots an E-Scootern sein wird.

Eine anbietende Firma hat beispielsweise von Anfang an eine Spanne an Fahrzeugen angegeben, d.h. hier ist klar, dass in der nass-kalten Jahreszeit 700 Fahrzeuge ausgebracht werden, wohingegen im Sommer die Anzahl auf 1.000 Fahrzeuge steigt.

Die übrigen Firmen haben keine so konkreten Angaben gemacht, aber mit einer Reduzierung um 100 Fahrzeuge je Anbietenden kann realistisch gerechnet werden. Damit ergäbe sich folgende Berechnung:

Mai bis Oktober: 2.100 Stück x 5,00 €/Stück/Monat = 10.500 €/Monat x 6 Monate = 63.000 €/Jahr
November bis April: 1.600 Stück x 5,00 €/Stück/Monat = 8.000 €/Monat x 6 Monate = 48.000 €/Jahr
111.000 €/Jahr

Da die tatsächlichen Zahlen noch nicht bekannt sind und hier erst noch Erfahrungswerte gesammelt werden müssen, sollte mit Mehrerträgen von ca. 100.000 € pro Jahr gerechnet werden.

Insofern ist der Gebührentarif zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Essen vom 21. Juni 1999 zuletzt geändert durch Satzung vom 31. März 2023 gem. Anlage 1 zu ändern:

- es wird eine neue Tarifstelle 1.10: Ausbringen von Verleih-E-Scootern eingeführt

- die Gebühr wird pro Stück monatlich festgesetzt
- die Gebühr beträgt stadtweit und zonenunabhängig 5,00 €

A. Gesamtkosten / Folgekosten

(Kostenberechnungen, Finanzierung und Veranschlagung siehe Anlage(n)_____)

1. Investitionen / sonstiger einmaliger Aufwand: Ja ☐ Nein ☒
2. Kalkulatorische Kosten: Ja ☐ Nein ☒
3. Personalkosten (z.B. Stellen, Stellenanteile, sonstige Personalkosten): Ja ☐ Nein ☒
4. Sachkosten / sonstige Kosten: Ja ☐ Nein ☒
5. Vorlagenvorprüfung erforderlich: Ja ☐ Nein ☒

B. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Stufe 1		Vor-Einschätzung der Klimarelevanz	
Auswirkungen auf den Klimaschutz	+ positiv	0 keine	- negativ
	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>